

17.05.2019

Bundesrat fordert Verbot von Konversionstherapien Lesben- und Schwulenverband begrüßt Entschließungsantrag

*Am heutigen Internationalen Tag gegen Homo- und Transphobie (IDAHOT) dem Tag der Entpathologisierung von Homosexualität, hat der Bundesrat einen [Entschließungsantrag \(161/19\)](https://www.bundesrat.de/SharedDocs/beratungsvorgaenge/2019/0101-0200/0161-19.html) zum Verbot sogenannter Konversionstherapien der Bundesländer Hessen, Berlin, Bremen, Saarland, Schleswig-Holstein, Brandenburg und Rheinland-Pfalz mehrheitlich angenommen. Hierzu erklärt **Gabriela Lünsmann aus dem Bundesvorstand des Lesbian- und Schwulenverbandes (LSVD)**:*

Der Lesbian- und Schwulenverband (LSVD) begrüßt die Entscheidung des Bundesrates zum Verbot von Konversionstherapien und mahnt die Bundesregierung, diese pseudowissenschaftlichen Angebote zu verbieten und entsprechend zu sanktionieren. Homosexualität ist keine Krankheit oder Störung, sondern eine gleichwertige Variante der sexuellen Orientierung. Sie bedarf weder des Versuchs der Heilung noch des Versuchs der gezielten Veränderung.

Gesundheitsminister Jens Spahn hat kürzlich eine Fachkommission eingerichtet, die Vorschläge für ein wirksames Verbot von sogenannten Konversionstherapien erarbeiten soll. Für den Lesbian- und Schwulenverband (LSVD) wurde Vorstandsmitglied Gabriela Lünsmann berufen.

Der angenommene Entschließungsantrag spricht sich auch dafür aus, dass mehr Anstrengungen unternommen werden müssen, um junge Lesbian, Schwule und Bisexuelle in der freien Entfaltung und Entwicklung ihrer Persönlichkeit wertschätzend und diskriminierungsfrei zu unterstützen.

Hintergrund

Sogenannte „Umpolungs- und Konversionstherapien“ [<https://www.lsvd.de/de/ct/914-umpolungstherapien-wollen-homosexualitaet-und-transgeschlechtlichkeit-quot-heilen-quot->] werden vor allem von religiös-fundamentalistischen Organisationen angeboten. Ausgehend von einer Abwertung von Homosexualität und Transgeschlechtlichkeit und mit dem Vorwand, ratsuchenden Menschen zu helfen, zielen diese Angebote ab auf eine Änderung von gleichgeschlechtlichem Sexualverhalten sowie der lesbischen, schwulen, bisexuellen oder transgeschlechtlichen Identität. Diese Behandlungsangebote haben massive Auswirkungen auf die psychische Gesundheit. Die Folgen sind oftmals soziale Isolation und Depressionen, die bis zum Suizid führen können. Der Weltärztebund kritisiert diese Therapien als „Verletzung von Menschenrechten“ und „unverantwortliche Verfahren“. Wissenschaftliche und medizinische Verbände auf nationaler und internationaler Ebene warnen seit Langem vor diesen Angeboten.

Bundespressestelle

Almstadtstr. 7
10119 Berlin

Tel.: 030 – 789 54 778
Fax: 030 – 789 54 779

E-Mail: presse@lsvd.de
Internet: www.lsvd.de

Pressemitteilung



Der Lesben-und Schwulenverband (LSVD) ist ein Bürgerrechtsverband und vertritt die Interessen und Belange von Lesben, Schwulen, Bisexuellen, trans- und intergeschlechtlichen Menschen (LSBTI).

Gleiche Rechte, Vielfalt und Respekt – wir wollen, dass LSBTI als selbstverständlicher Teil gesellschaftlicher Normalität akzeptiert und anerkannt werden.